

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	9
Problemstellung .....	25
1. Teil: Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	59
A. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch trotz rechtlicher Einordnung der Entscheidung des Betreuers als Unterlassen .....	59
I. Zivil- sowie strafrechtliche Bewertung einer (Magen-)Sonde .....	60
II. Rechtliche Bedeutung einer früheren Willensbekundung des Patienten bei Eintritt der Einwilligungsunfähigkeit für die Zulässigkeit der Maßnahme .....	68
III. Bedeutung der Betreuerbestellung für den einwilligungsunfähigen Patienten hinsichtlich der Zulässigkeit der Maßnahme .....	74
IV. Bedeutung der unterschiedlichen Handlungsformen des Betreuers bei der Entscheidung über den Behandlungsabbruch für deren Genehmigungsfähigkeit .....	81
B. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch trotz Höchstpersönlichkeit der Entscheidung .....	90
I. Umsetzung der Entscheidung durch den Betreuer .....	91
II. Bedeutung der Entscheidungskompetenz des Betreuers für höchstpersönliche Angelegenheiten .....	98
III. Zuständigkeit für die Entscheidung gegen lebensverlängernde oder -erhaltende Maßnahmen sowie deren Durchsetzung .....	101
IV. Legitimation des Betreuers für die Entscheidung gegen lebensverlängernde oder -erhaltende Maßnahmen aufgrund der Übertragung des Aufgabenkreises „Gesundheitsfürsorge“ .....	107
C. Entscheidungskriterien bei einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	113
I. Medizinische Voraussetzungen eines zulässigen Behandlungsabbruchs .....	116
1. Annahme eines irreversiblen tödlichen Verlaufs des Grundleidens des Patienten .....	117

2. Zivil- sowie strafrechtliche Bedeutung der medizinischen Voraussetzungen eines zulässigen Behandlungsabbruchs für die daran Beteiligten .....	157
3. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch hinsichtlich des Vorliegens der medizinischen Voraussetzungen .....	167
II. Vorliegen eines entsprechenden Willens des Patienten als Voraussetzung eines zulässigen Behandlungsabbruchs .....	172
1. Wiedergabe der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	172
2. Bedeutung des § 1901 BGB für die Ermittlung des Patientenwillens durch den Betreuer .....	174
3. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch trotz Bindung des Betreuers an den Willen des Patienten .....	200
III. Vorgehensweise bei Nichtfeststellbarkeit eines Willens des Patienten zum Behandlungsabbruch .....	207
1. Rückgriff auf allgemeine Wertvorstellungen entsprechende Kriterien im Strafrecht .....	208
2. Abstellen auf ein einem objektiv zu mutmaßenden Willen angenähertes Verständnis des Wohls des Betreuten im Zivilrecht .....	215
3. Geltung des Grundsatzes „in dubio pro vita“ im Zivil- und im Strafrecht .....	221
D. §§ 1904 ff. BGB als Rechtsgrundlage einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	224
I. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer unmittelbaren Anwendung des § 1904 BGB .....	224
II. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer analogen Anwendung des § 1904 BGB .....	230
III. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer Gesamtanalogie (Rechtsanalogie) zu den §§ 1904 ff. BGB .....	247
E. Begründung einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer Fortbildung des Betreuungsrechts .....	254
I. Grundsätzliche Anmerkungen zu diesem Lösungsansatz .....	255
II. Vereinbarkeit mit dem Vorrang des Gesetzes .....	258
III. Vereinbarkeit mit dem Gesetzesvorbehalt des Art. 2 Abs. 2 Satz 3 GG .....	276
IV. Vorgaben und Grenzen für das Betreuungsrecht aus dem diesem vorgelagerten Verhältnis zwischen Arzt und Patient .....	289
V. Relevanz des Inhalts des ärztlichen Heilauftrags und des aus ihm resultierenden Behandlungsangebots für das Betreuungsrecht .....	297

1. Erfordernis der Einwilligung des Betreuers und der Zustimmung des VormG bei fehlendem ärztlichen Angebot einer lebensverlängernden oder -erhaltenden Behandlung .....	298
2. Erfordernis der Einwilligung des Betreuers und der Zustimmung des VormG bei vorhandenem ärztlichen Angebot einer lebensverlängernden oder -erhaltenden Behandlung .....	309
VI. Verfahren vor dem VormG .....	336
VII. Schutz des Patienten und des Betreuers durch das Genehmigungsverfahren .....	358
VIII. Beschränkung des Prüfungsvorbehalts auf sog. „Konfliktfälle“ .....	377
IX. Zulässigkeit der Rechtsfortbildung durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	386
F. Exkurs .....	393
G. Geltung der vom 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 für den Betreuer aufgestellten Grundsätze zur Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch auch hinsichtlich des Bevollmächtigten .....	402
H. Ergebnis des 1. Teils .....	416
2. Teil: (Straf-)rechtliche Bedeutung der Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	419
I. (Straf-)rechtliche Bedeutung einer Patientenverfügung für den Behandlungsabbruch .....	420
1. Darstellung des Meinungsstandes .....	423
a) Rechtsprechung .....	424
b) Literatur .....	441
c) Standesorganisationen der Ärzte und Mediziner .....	446
2. Eigene Lösungsansätze .....	453
a) Rechtliche Voraussetzungen der Patientenverfügung im Zivil- und vor allem im Strafrecht .....	454
b) Inhaltliche Ausgestaltung der Patientenverfügung .....	480
c) Rechtliche Wirksamkeit der Patientenverfügung im Zivil- und vor allem im Strafrecht .....	488
II. (Straf-)rechtliche Bedeutung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung für den Behandlungsabbruch .....	520
1. Verhältnis von vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung gemäß § 1904 BGB und Einwilligung sowie mutmaßlicher Einwilligung in Bezug auf den Behandlungsabbruch .....	522
2. Vormundschaftsgerichtliches Zustimmungserfordernis für den Behandlungsabbruch als zivilrechtlicher Rechtfertigungsgrund .....	525

3. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung in den Behandlungsabbruch als strafrechtliche Rechtfertigungsgründe .....	528
4. Verhältnis von vormundschaftsgerichtlichem Zustimmungserfordernis und Einwilligung sowie mutmaßlicher Einwilligung in Bezug auf den Behandlungsabbruch .....	530
III. Ergebnis des 2. Teils .....	546
3. Teil: Diskussion der Reformbestrebungen mit Bedeutung für die hier in Frage stehenden zivil- sowie strafrechtlichen Probleme des Behandlungsabbruchs .....	547
I. Diskussion der Reformbestrebungen hinsichtlich der Patientenverfügung .....	548
II. Diskussion der Reformbestrebungen hinsichtlich der Einschaltung des VormG .....	605
III. Diskussion der Reformbestrebungen hinsichtlich des Strafrechts: Gesetzliche Normierung der Straflosigkeit passiver Sterbehilfe .....	630
Zusammenfassung .....	651
Literaturverzeichnis .....	689

# Inhaltsverzeichnis

Problemstellung .....	25
1. Teil: Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	59
A. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch trotz rechtlicher Einordnung der Entscheidung des Betreuers als Unterlassen .....	59
I. Zivil- sowie strafrechtliche Bewertung einer (Magen-)Sonde .....	60
1. Legen einer (Magen-)Sonde und die darüber erfolgte Nahrungszufuhr als mögliche Eingriffe in die körperliche Integrität .....	63
2. Maßgeblichkeit des Behandlungsbeginns .....	67
II. Rechtliche Bedeutung einer früheren Willensbekundung des Patienten bei Eintritt der Einwilligungsunfähigkeit für die Zulässigkeit der Maßnahme .....	68
1. (Fort-)Geltung einer vorhandenen früheren Willensbekundung .....	69
a) Rechtsgedanke des § 130 Abs. 2 BGB .....	70
b) Rechtsnatur der Einwilligung in eine medizinische Behandlung .....	70
c) Geltung des § 130 Abs. 2 BGB für geschäftsähnliche Handlungen .....	72
d) Fazit .....	72
2. Geltung des mutmaßlichen Willens bei Nichtvorliegen einer früheren Willensbekundung .....	73
III. Bedeutung der Betreuerbestellung für den einwilligungsunfähigen Patienten hinsichtlich der Zulässigkeit der Maßnahme .....	74
1. Erforderlichkeit einer Betreuerbestellung für den einwilligungsunfähigen Patienten trotz Feststellbarkeit des mutmaßlichen Willens (§ 1896 Abs. 2 BGB).....	77
2. Betreuer als gesetzlicher Vertreter des einwilligungsunfähigen Patienten (§ 1902 BGB).....	79
IV. Bedeutung der unterschiedlichen Handlungsformen des Betreuers bei der Entscheidung über den Behandlungsabbruch für deren Genehmigungsfähigkeit .....	81
1. Genehmigungsfähigkeit des Unterlassens der Einwilligungserklärung durch den Betreuer .....	82

2. Genehmigungsfähigkeit der erstmaligen Verweigerung der Einwilligung in die Behandlung durch den Betreuer .....	86
3. Genehmigungsfähigkeit schlichter Untätigkeit hinsichtlich der Erteilung der Einwilligung in die Behandlung durch den Betreuer .....	88
4. Fazit .....	90
B. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch trotz Höchstpersönlichkeit der Entscheidung .....	90
I. Umsetzung der Entscheidung durch den Betreuer .....	91
1. Darstellung des Meinungsstandes .....	92
a) Befürworter einer „Umsetzungslösung“ .....	92
b) Gegner einer „Umsetzungslösung“ .....	93
2. Eigener Standpunkt .....	95
3. Fazit .....	97
II. Bedeutung der Entscheidungskompetenz des Betreuers für höchstpersönliche Angelegenheiten .....	98
1. Darstellung des Meinungsstandes .....	98
2. Eigener Standpunkt .....	99
3. Fazit .....	101
III. Zuständigkeit für die Entscheidung gegen lebensverlängernde oder -erhaltende Maßnahmen sowie deren Durchsetzung .....	101
IV. Legitimation des Betreuers für die Entscheidung gegen lebensverlängernde oder -erhaltende Maßnahmen aufgrund der Übertragung des Aufgabenkreises „Gesundheitsfürsorge“ .....	107
1. Darstellung des Meinungsstandes .....	108
a) Befürworter einer Legitimation .....	108
b) Gegner einer Legitimation .....	109
2. Aufgabenkreis(e) des Betreuers in diesen Fällen .....	110
3. Eigener Standpunkt .....	111
4. Fazit .....	112
C. Entscheidungskriterien bei einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	113
I. Medizinische Voraussetzungen eines zulässigen Behandlungsabbruchs .....	116
1. Annahme eines irreversiblen tödlichen Verlaufs des Grundleidens des Patienten .....	117
a) Wiedergabe der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	118
aa) Wiedergabe der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 .....	118

bb) Gegenüberstellung der wiedergegebenen Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 mit deren Wiedergabe durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	121
b) Übernahme der vom 1. Strafsenat des BGH im Urteil vom 13.09.1994 vertretenen Auffassung durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	123
aa) Auswertung der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 hinsichtlich der darin zum Ausdruck gelangten Auffassung .....	123
bb) Verständnis der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	126
(1) Vorwurf einer Fehlinterpretation .....	129
(2) Befürwortung einer Übereinstimmung .....	135
c) Verbindlichkeit der „objektiven Eingrenzung zulässiger Sterbehilfe“ durch den 1. Strafsenat des BGH im Urteil vom 13.09.1994 für das Zivilrecht .....	139
d) Eignung des Kriteriums .....	141
aa) Erfassung der Wachkoma-Patienten .....	144
(1) Interpretationsversuche .....	145
(2) Äußerungen von Hahne .....	149
bb) Auslegung des Sterbehilfebegriffs aus betreuungs- sowie strafrechtlicher Sicht .....	154
2. Zivil- sowie strafrechtliche Bedeutung der medizinischen Voraussetzungen eines zulässigen Behandlungsabbruchs für die daran Beteiligten .....	157
a) Verpflichtung des Arztes zur Achtung des Selbstbestimmungsrechts des einwilligungsfähigen Patienten .....	158
b) Bindung der Entscheidungsmacht des Betreuers als gesetzliche Vertretungsmacht an rechtliche Vorgaben .....	160
c) Bindungswirkung der medizinischen Voraussetzungen gegenüber dem Arzt und dem Betreuer als gesetzlichem Vertreter .....	161
d) Rechtswidrigkeit der Sterbehilfe (i.w.S.) bei Nichtvorliegen der medizinischen Voraussetzungen .....	163
aa) Rechtliche Relevanz der Einwilligung und deren Verweigerung durch den gesetzlichen Vertreter trotz Nichtvorliegens der medizinischen Voraussetzungen .....	163

bb) Rechtliche Relevanz der „Billigung“ der Einwilligung und deren Verweigerung durch den gesetzlichen Vertreter seitens des VormG trotz Nichtvorliegens der medizinischen Voraussetzungen .....	164
cc) Fazit .....	167
3. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch hinsichtlich des Vorliegens der medizinischen Voraussetzungen .....	167
a) Anforderungen der eine analoge Anwendung des § 1904 BGB in den Fällen des Behandlungsabbruchs befürwortenden Zivilgerichte an die vom Arzt zu treffende Prognoseentscheidung .....	169
b) Erfordernis der „letzten Sicherheit“ für die vom Arzt zu treffende Prognoseentscheidung .....	170
c) Geringere Anforderungen an die vom Arzt zu treffende Prognoseentscheidung .....	171
II. Vorliegen eines entsprechenden Willens des Patienten als Voraussetzung eines zulässigen Behandlungsabbruchs .....	172
1. Wiedergabe der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	172
2. Bedeutung des § 1901 BGB für die Ermittlung des Patientenwillens durch den Betreuer .....	174
a) Verständnis des Wohls des Betreuten bei Feststellbarkeit von dessen Wünschen .....	176
aa) Primat der Wünsche des Betreuten (§ 1901 Abs. 3 Satz 1 BGB) .....	177
bb) Bedeutung des § 1901 Abs. 3 Satz 2 BGB .....	178
cc) Rein subjektives Verständnis des Wohls des Betreuten: ausdrücklich erklärter Wille .....	178
dd) Geltung des subjektiven Verständnisses in den Fällen des Behandlungsabbruchs – Korrespondenz von Betreuungs- und Strafrecht .....	180
ee) Fazit .....	181
b) Verständnis des Wohls des Betreuten bei Nichtfeststellbarkeit von dessen Wünschen .....	181
aa) Grundsätze der eine analoge Anwendung des § 1904 BGB in den Fällen des Behandlungsabbruchs befürwortenden Zivilgerichte .....	184
bb) Rein subjektives Verständnis des Wohls des Betreuten: (individuell-)mutmaßlicher Wille – Korrespondenz von Betreuungs- und Strafrecht .....	185



cc) Kriterien zur Ermittlung des (individuell-)mutmaßlichen Willens .....	187
(1) Probleme bei der Ermittlung des mutmaßlichen Willens .....	190
(a) Verdeutlichung anhand der Urteile des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 und des LG Kempten (Allgäu) vom 17.05.1995 .....	190
(b) Verdeutlichung anhand der Beschlüsse des AG Schwäbisch Hall vom 13.06.2003 und des LG Heilbronn vom 03.09.2003 .....	193
(2) Konkretisierung der Kriterien zur Ermittlung des mutmaßlichen Willens in den Fällen des Behandlungsabbruchs im Zivil- wie im Strafrecht .....	195
dd) Fazit .....	200
3. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch trotz Bindung des Betreuers an den Willen des Patienten .....	200
a) Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch bei Vorliegen einer wirksamen Patientenverfügung .....	201
aa) Verneinung des Ausschlusses einer Prüfungszuständigkeit .....	202
bb) Ablehnung einer zwingenden Prüfungszuständigkeit .....	204
cc) Ablehnung einer Beschränkung der Prüfungszuständigkeit auf bestimmte Fälle .....	205
dd) Fazit .....	206
b) Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch bei Nichtvorliegen eines entsprechend ausdrücklich erklärten Willens des Patienten .....	206
III. Vorgehensweise bei Nichtfeststellbarkeit eines Willens des Patienten zum Behandlungsabbruch .....	207
1. Rückgriff auf allgemeine Wertvorstellungen entsprechende Kriterien im Strafrecht .....	208
a) Wiedergabe der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	209
b) Kritik am Rückgriff auf derartige Kriterien .....	210
aa) Darstellung der Kritik .....	210
bb) Berechtigung der Kritik .....	213
2. Abstellen auf ein objektiv zu mutmaßenden Willen angenähertes Verständnis des Wohls des Betreuten im Zivilrecht .....	215

3. Geltung des Grundsatzes „in dubio pro vita“ im Zivil- und im Strafrecht .....	221
D. §§ 1904 ff. BGB als Rechtsgrundlage einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	224
I. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer unmittelbaren Anwendung des § 1904 BGB .....	224
1. Darstellung des Meinungsstandes .....	225
2. Eigener Standpunkt .....	227
a) Behandlungsabbruch als Untersuchung des Gesundheitszustandes i.S.v. § 1904 Abs. 1 Satz 1 BGB .....	227
b) Behandlungsabbruch als Heilbehandlung i.S.v. § 1904 Abs. 1 Satz 1 BGB .....	228
c) Behandlungsabbruch als ärztlicher Eingriff i.S.v. § 1904 Abs. 1 Satz 1 BGB .....	228
d) Fazit .....	229
II. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer analogen Anwendung des § 1904 BGB .....	230
1. Analogiefähigkeit der §§ 1904 ff. BGB .....	231
2. Ungeeignetheit von § 1904 BGB zur Begründung einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege analoger Anwendung wegen fehlender Gleichheit der Problemlage .....	232
III. Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer Gesamtanalogie (Rechtsanalogie) zu den §§ 1904 ff. BGB .....	247
1. Tatbestandsseite dieser Genehmigungsvorbehalte .....	248
2. Rechtsfolge dieser Genehmigungsvorbehalte .....	249
a) §§ 1904 ff. BGB als Rechtsgrundlage einer willensersetzenden Entscheidungsmacht des VormG .....	249
b) Rechtsgrundlagen einer willensersetzenden Entscheidungsmacht des VormG im Vormundschaftsrecht .....	250
aa) § 1810 Satz 1, 2. HS und § 1837 Abs. 4 i.V.m. § 1666 Abs. 3 BGB als Rechtsgrundlagen einer willensersetzenden Entscheidungsmacht des VormG .....	250
bb) § 1846 BGB als Rechtsgrundlage einer willensersetzenden Entscheidungsmacht des VormG .....	251
c) Fazit .....	253
E. Begründung einer Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Wege einer Fortbildung des Betreuungsrechts .....	254
I. Grundsätzliche Anmerkungen zu diesem Lösungsansatz .....	255
II. Vereinbarkeit mit dem Vorrang des Gesetzes .....	258

1. Fehlen einer „planwidrigen Unvollständigkeit“ des Gesetzes wegen „beredtem Schweigen“ des Gesetzgebers .....	259
a) Gesetzesmaterialien zu dem Betreuungsgesetz vom 12.09.1990 (§ 1904 E BGB) .....	262
b) Bedeutung der §§ 1904 ff. BGB .....	265
c) Betreuungsrechtsänderungsgesetz vom 25.06.1998 .....	266
d) Antwort der Bundesregierung vom 12.08.1998 auf eine Anfrage vom 07.08.1998 .....	271
aa) Bedeutung der Antwort .....	272
bb) Wunsch nach einer gesetzlichen Regelung .....	274
2. Fazit .....	275
III. Vereinbarkeit mit dem Gesetzesvorbehalt des Art. 2 Abs. 2 Satz 3 GG .....	276
1. Vormundschaftsrichter als „Herr über Leben und Tod“ .....	279
2. Bedeutung von BGHZ 145, 297 .....	281
3. Schutz der Grundrechte des Patienten .....	284
4. Rechtfertigungsbedürftiger Eingriff in die Grundrechte des Patienten .....	286
5. Fazit .....	288
IV. Vorgaben und Grenzen für das Betreuungsrecht aus dem diesem vorgelagerten Verhältnis zwischen Arzt und Patient .....	289
1. Herleitung eines Anspruchs des Patienten auf die Vornahme bestimmter lebensverlängernder oder -erhaltender Maßnahmen ....	290
2. Begrenzung des Inhalts des ärztlichen Heilauftrags durch die medizinische Indikation und deren Vorgabe für das Betreuungsrecht .....	292
a) Grenzen der ärztlichen Behandlungspflicht .....	292
b) Verständnis der medizinischen Indikation .....	294
c) Begrenzung des ärztlichen Heilauftrags durch die medizinische Indikation am Ende des Lebens .....	294
d) Vorgabe der Begrenzung des ärztlichen Heilauftrags durch die medizinische Indikation für das Betreuungsrecht .....	295
3. Bedeutung der medizinischen Indikation einer lebensverlängernden oder -erhaltenden Behandlung und das Gebotensein ihrer Durchführung vom ärztlichen Heilauftrag als Vorfrage für das Betreuungsrecht .....	296
4. Fazit .....	297
V. Relevanz des Inhalts des ärztlichen Heilauftrags und des aus ihm resultierenden Behandlungsangebots für das Betreuungsrecht .....	297
1. Erfordernis der Einwilligung des Betreuers und der Zustimmung des VormG bei fehlendem ärztlichen Angebot einer lebensverlängernden oder -erhaltenden Behandlung .....	298

a)	Verneinung des Einwilligungs- und Zustimmungserfordernisses bei fehlendem ärztlichen Behandlungsangebot .....	299
aa)	Verständnis der Kategorien fehlenden ärztlichen Angebots einer lebensverlängernden oder -erhaltenden (Weiter-)Behandlung .....	300
bb)	Notwendigkeit der Einwilligung des Betreuers und der Zustimmung des VormG bei fehlendem ärztlichen Angebot einer lebensverlängernden oder -erhaltenden (Weiter-)Behandlung .....	303
cc)	Fazit .....	307
b)	Prüfung des Verhaltens des Betreuers durch das VormG im Rahmen seiner Aufsichtspflicht bei fehlendem ärztlichen Behandlungsangebot .....	307
2.	Erfordernis der Einwilligung des Betreuers und der Zustimmung des VormG bei vorhandenem ärztlichen Angebot einer lebensverlängernden oder -erhaltenden Behandlung .....	309
a)	Bejahung des Einwilligungs- und Zustimmungserfordernisses bei vorhandenem ärztlichen Behandlungsangebot .....	311
b)	Rechtliche Bedeutung der Entscheidung des VormG .....	312
c)	Durchführung oder Fortsetzung einer lebensverlängernden oder -erhaltenden Behandlung des einwilligungsunfähigen Patienten bei medizinischer Indikation auch ohne Einwilligung des Betreuers .....	314
d)	Zustimmung des VormG als Wirksamkeitsvoraussetzung der Nichterteilung der Einwilligung des Betreuers in die ärztliche Behandlung .....	317
aa)	Rechtsnatur der Zustimmung des VormG im Falle der Nichterteilung der Einwilligung des Betreuers in die ärztliche Behandlung .....	318
(1)	Rechtliche Einordnung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung gemäß § 1904 BGB als Außen- oder Innengenehmigung .....	319
(2)	Eigener Standpunkt .....	327
bb)	Rechtliche Einordnung der Zustimmung des VormG durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 als Außen- oder Innengenehmigung .....	327
e)	Entscheidungsmöglichkeiten des VormG .....	329
aa)	Im Falle des Vorliegens der Zustimmungsvoraussetzungen für einen zulässigen Behandlungsabbruch .....	329
bb)	Im Falle der Nichtfeststellbarkeit eines wirklichen oder mutmaßlichen Willens des Patienten zum Behandlungsabbruch .....	330

f) Rechtsfolgen der Entscheidung des VormG .....	332
aa) Rechtsfolgen der Zustimmung durch das VormG .....	333
bb) Rechtsfolgen der Zustimmungsverweigerung durch das VormG .....	334
3. Fazit .....	336
VI. Verfahren vor dem VormG .....	336
1. Zuständigkeit des Richters (§ 14 Abs. 1 Nr. 4 RpfllG) .....	339
2. Ermittlungen von Amts wegen (§ 12 FGG).....	340
3. Persönliche Anhörung des Betroffenen (§ 69 d Abs. 1 Satz 2 FGG).....	341
4. Einholung eines Sachverständigengutachtens (§ 69 d Abs. 2 FGG) .....	341
a) Darstellung des Meinungsstandes unter den Befürwortern einer analogen Anwendung des § 1904 BGB .....	342
b) Eigener Standpunkt .....	343
5. Bestellung eines Verfahrenspflegers (§ 67 Abs. 1 FGG) .....	345
6. Anwendbarkeit der für die Genehmigung der Einwilligung des Betreuers in eine Sterilisation (§ 1905 BGB) geltenden Verfahrensvorschriften .....	346
7. Rechtsmittel und Rechtsmittelberechtigung gegen die Entscheidung des VormG .....	348
a) Rechtsmittel .....	349
b) Beschwerdeberechtigung .....	349
8. Durchsetzbarkeit der Entscheidung des VormG .....	351
9. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf .....	357
VII. Schutz des Patienten und des Betreuers durch das Genehmigungsverfahren .....	358
1. (Grundrechts-)Schutz des Patienten .....	358
a) Eingriff in die Grundrechte des Patienten .....	359
b) Verfassungsrechtliche Herleitung des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper (Recht auf Sterben) .....	360
c) (Wert-)Verhältnis der betroffenen Grundrechte .....	361
2. Schutz und Fürsorge für den Betreuer .....	363
a) Grundsätzliche Anmerkungen .....	364
b) Schutz vor dem Risiko einer abweichenden strafrechtlichen ex post-Beurteilung .....	368
aa) Bedeutung der Entscheidung eines Zivilgerichts für das Strafrecht .....	368
bb) Bindungswirkung der Genehmigungsentscheidung des VormG im Falle des Behandlungsabbruchs für das Strafverfahren .....	369
cc) Fazit .....	371

3. Schutz des Patienten und des Betreuers durch das Aufsichtsrecht des VormG über den Betreuer .....	372
VIII. Beschränkung des Prüfungsvorbehalts auf sog. „Konfliktfälle“ .....	377
IX. Zulässigkeit der Rechtsfortbildung durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	386
1. Einhaltung der formellen Grenzen zulässiger Rechtsfortbildung .....	387
2. Einhaltung der inhaltlichen Grenzen zulässiger Rechtsfortbildung ....	392
3. Fazit .....	393
F. Exkurs .....	393
I. Bedeutung der unterschiedlichen Auffassungen des 12. Zivilsenats des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 und des 1. Strafsenats des BGH im Urteil vom 13.09.1994 zur Herleitung der Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	394
1. Wiedergabe der Urteilsgründe der Entscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 13.09.1994 durch den 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	394
2. Nichtvorliegen einer Abweichung i.S.v. § 132 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 GVG .....	396
3. Fazit .....	399
II. Bedeutung der Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch im Hinblick auf den vom 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 zu entscheidenden Fall .....	400
G. Geltung der vom 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 für den Betreuer aufgestellten Grundsätze zur Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch auch hinsichtlich des Bevollmächtigten .....	402
I. Gesetzliche Regelungen im Betreuungsrecht für den Bevollmächtigten .....	403
II. Rechtliche Zulässigkeit der Bevollmächtigung zum Behandlungsabbruch .....	404
III. Rechtliche Voraussetzungen der Bevollmächtigung zum Behandlungsabbruch .....	406
1. Geltung der Formerfordernisse des § 1904 Abs. 2 Satz 2 BGB .....	407
2. Weitere rechtliche Voraussetzungen .....	408
IV. Forderung nach Geltung des vom 12. Zivilsenat des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 für den Betreuer aufgestellten Erfordernisses einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung zum Behandlungsabbruch auch hinsichtlich des Bevollmächtigten .....	409
1. Argumentation der Befürworter der Forderung .....	410

2. Kritische Auseinandersetzung mit der Argumentation der Befürworter der Forderung .....	412
V. Fazit .....	416
H. Ergebnis des 1. Teils .....	416
2. Teil: (Straf-)rechtliche Bedeutung der Prüfungszuständigkeit des VormG für den Behandlungsabbruch .....	419
I. (Straf-)rechtliche Bedeutung einer Patientenverfügung für den Behandlungsabbruch .....	420
1. Darstellung des Meinungsstandes .....	423
a) Rechtsprechung .....	424
aa) Rechtsprechung der Straf- und Zivilgerichte zur analogen Anwendung des § 1904 BGB auf die Fälle des Behandlungsabbruchs .....	424
bb) Rechtsprechung der Verfassungs- und Zivilgerichte zur Ablehnung einer Bluttransfusion durch Zeugen Jehovas ....	428
cc) Rechtsprechung von Amtsgerichten (Vormundschaftsgerichten).....	431
dd) Rechtsprechung ausländischer oberster Gerichte .....	433
ee) Rechtsprechung der Zivilgerichte im Anschluß an den Beschluß des 12. Zivilsenats des BGH vom 17.03.2003 ....	435
b) Literatur .....	441
c) Standesorganisationen der Ärzte und Mediziner .....	446
aa) Verlautbarungen der Bundesärztekammer .....	446
bb) Leitlinie zum Umfang und zur Begrenzung der ärztlichen Behandlungspflicht in der Chirurgie .....	451
cc) Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht (DGMR) e.V. ....	451
dd) Berufsordnung der Ärztekammer Berlin .....	453
2. Eigene Lösungsansätze .....	453
a) Rechtliche Voraussetzungen der Patientenverfügung im Zivil- und vor allem im Strafrecht .....	454
aa) Unbeachtlichkeit des Willens bei einer Gesetzesverletzung ...	454
bb) Wirksamkeit als Willenserklärung .....	455
(1) Anforderungen an die Person des Erklärenden .....	455
(a) Einwilligungsfähigkeit .....	456
(b) Nichtvorliegen beachtlicher Willensmängel .....	457
(2) Erklärung des Willens .....	458
(a) Abgabe und Zugang der Erklärung .....	458
(b) Zugangserfordernis bei der Patientenverfügung ....	458
(c) Geltung der zivilrechtlichen Grundsätze im Strafrecht .....	460

(3) (Fort-)Geltung des – früher – erklärten Willens .....	461
(a) Rechtliche Einordnung der Patientenverfügung .....	462
(b) Geltung der zivilrechtlichen Grundsätze im Strafrecht .....	464
(4) Notwendigkeit der vorherigen Aufklärung .....	465
cc) Möglichkeit des Widerrufs .....	469
(1) Voraussetzungen eines beachtlichen Widerrufs .....	470
(2) Notwendigkeit einer Aktualisierung .....	472
dd) Form(losigkeit) der Erklärung .....	475
ee) Bedeutung einer gesetzlichen Normierung der rechtlichen Voraussetzungen einer Patientenverfügung im Strafrecht ...	479
ff) Fazit .....	480
b) Inhaltliche Ausgestaltung der Patientenverfügung .....	480
aa) Auslegung .....	481
(1) §§ 133, 157 BGB .....	481
(2) Ergänzende Auslegung .....	483
(3) Bedeutung für die Patientenverfügung .....	484
bb) Modelle .....	485
(1) Willenserklärungsmodell .....	486
(2) Stellvertretermodell .....	487
(3) Regelbeispielmodell .....	487
c) Rechtliche Wirksamkeit der Patientenverfügung im Zivil- und vor allem im Strafrecht .....	488
aa) Bindungswirkung .....	488
(1) Strikte Verbindlichkeit .....	491
(2) Wirklicher Wille des Patienten .....	497
(3) Ausnahmefälle .....	498
(4) Personenkreis .....	499
(5) Rechtsfolgen .....	500
bb) Bedeutung des Betreuers .....	501
(1) Aufgabe des Betreuers .....	501
(2) Erforderlichkeit der Betreuerbestellung .....	507
cc) Unabhängigkeit der Bindungswirkung vom Krankheitsstadium des Patienten .....	512
dd) Fazit .....	519
II. (Straf-)rechtliche Bedeutung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung für den Behandlungsabbruch .....	520
1. Verhältnis von vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung gemäß § 1904 BGB und Einwilligung sowie mutmaßlicher Einwilligung in Bezug auf den Behandlungsabbruch .....	522
2. Vormundschaftsgerichtliches Zustimmungserfordernis für den Behandlungsabbruch als zivilrechtlicher Rechtfertigungsgrund .....	525



a) Standpunkt der Strafgerichte .....	525
b) Standpunkt des 12. Zivilsenats des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	526
c) Eigener Standpunkt .....	527
3. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung in den Behandlungsabbruch als strafrechtliche Rechtfertigungsgründe .....	528
a) Einwilligung in den Behandlungsabbruch als strafrechtlicher Rechtfertigungsgrund .....	528
b) Mutmaßliche Einwilligung in den Behandlungsabbruch als – eigenständiger – strafrechtlicher Rechtfertigungsgrund ....	529
4. Verhältnis von vormundschaftsgerichtlichem Zustimmungserfordernis und Einwilligung sowie mutmaßlicher Einwilligung in Bezug auf den Behandlungsabbruch .....	530
a) Standpunkt der Strafgerichte .....	530
b) Standpunkt des 12. Zivilsenats des BGH im Beschluß vom 17.03.2003 .....	531
c) Eigener Standpunkt .....	534
aa) Verneinung einer Ausschlußwirkung des vormundschaftsgerichtlichen Zustimmungserfordernisses für den Behandlungsabbruch .....	535
bb) Auswirkungen auf die strafrechtliche Bedeutung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung für den Behandlungsabbruch .....	541
(1) Verneinung unmittelbarer Bedeutung .....	541
(2) Bejahung mittelbarer Bedeutung .....	542
III. Ergebnis des 2. Teils .....	546

3. Teil: Diskussion der Reformbestrebungen mit Bedeutung für die hier in Frage stehenden zivil- sowie strafrechtlichen Probleme des Behandlungsabbruchs .....	547
I. Diskussion der Reformbestrebungen hinsichtlich der Patientenverfügung .....	548
1. Antrag auf Vorlage des Entwurfs für ein Gesetz zur Autonomie am Lebensende durch den SPD-Bundestagsabgeordneten Stöckel vom 31.03.2004 .....	548
2. Bericht der Bioethik-Kommission des Landes Rheinland-Pfalz zu „Sterbehilfe und Sterbebegleitung“ vom 23.04.2004 .....	549
a) Aufbau des Berichts .....	549
b) Empfehlungen mit Erläuterung .....	549
c) Kritische Würdigung der Empfehlungen .....	550

3. Bericht der vom Bundesjustizministerium eingesetzten Arbeitsgruppe „Patientenautonomie am Lebensende“ vom 10.06.2004 .....	552
a) Aufbau des Berichts .....	553
b) Gesetzesvorschlag mit Begründung .....	554
c) Kritische Würdigung des Gesetzesvorschlags .....	556
4. Zwischenbericht der Enquete-Kommission Ethik und Recht der modernen Medizin des Bundestages zu „Patientenverfügungen“ vom 30.08.2004 .....	558
a) Aufbau des Zwischenberichts .....	559
b) Schlußfolgerungen und Empfehlungen .....	560
aa) Empfehlungen mit Erläuterung .....	561
bb) Gesetzesvorschlag zur Umsetzung der Empfehlungen .....	564
cc) Weitere Empfehlungen .....	565
c) Kritische Würdigung der Empfehlungen und des Gesetzesvorschlags .....	565
5. „Entwurf eines 3. Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts“ des Bundesjustizministeriums vom 01.11.2004 (Eckpunkte zur Stärkung der Patientenautonomie vom 05.11.2004).....	567
a) Allgemeine Begründung des Entwurfs (Eckpunkte) .....	568
b) Gesetzesvorschlag mit Begründung .....	570
c) Kritische Würdigung des Gesetzesvorschlags .....	573
d) Weitere Entwicklung des Entwurfs .....	575
e) Ausblick .....	578
aa) Diskussion über eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung im Anschluß an die Neuwahl des Deutschen Bundestages am 18.09.2005 .....	579
bb) Debatte über eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung im Deutschen Bundestag am 29.03.2007 .....	582
6. Stellungnahmen des Nationalen Ethikrates zu „Patientenverfügung – Ein Instrument der Selbstbestimmung“ vom 02.06.2005 und zu „Selbstbestimmung und Fürsorge am Lebensende“ vom 13.07.2006 .....	584
a) Aufbau der Stellungnahme vom 02.06.2005 .....	585
b) Wiedergabe der Empfehlungen in der Stellungnahme vom 02.06.2005 .....	585
c) Kritische Würdigung der Empfehlungen in der Stellungnahme vom 02.06.2005 .....	588
7. Weitere Vorschläge .....	589
a) „Gesetz über Patientenverfügungen (PVerfG)“ von Geißendörfer/Tietze/Simon .....	589

aa) Vorschriften mit Begründung .....	590
bb) Kritische Würdigung des Vorschlags .....	591
b) „Gesetz zur Sicherung der Autonomie und Integrität von Patienten am Lebensende (Patientenautonomie- und Integritätsschutzgesetz)“ von Höfling .....	593
aa) Allgemeine Begründung .....	593
bb) Vorschriften mit Begründung .....	594
cc) Kritische Würdigung des Vorschlags .....	602
8. Beschlüsse der Abteilung Strafrecht zu „Patientenautonomie und Strafrecht bei der Sterbebegleitung“ auf dem 66. Deutschen Juristentag vom 19. bis 22.09.2006 .....	603
a) Darstellung der Beschlüsse .....	604
b) Kritische Würdigung der Beschlüsse .....	605
II. Diskussion der Reformbestrebungen hinsichtlich der Einschaltung des VormG .....	605
1. Antrag auf Vorlage des Entwurfs für ein Gesetz zur Autonomie am Lebensende durch den SPD-Bundestagsabgeordneten Stöckel vom 31.03.2004 .....	605
2. Bericht der Bioethik-Kommission des Landes Rheinland-Pfalz zu „Sterbehilfe und Sterbebegleitung“ vom 23.04.2004 .....	606
a) Empfehlungen mit Erläuterung .....	606
b) Kritische Würdigung der Empfehlungen .....	609
3. Bericht der vom Bundesjustizministerium eingesetzten Arbeitsgruppe „Patientenautonomie am Lebensende“ vom 10.06.2004 .....	610
a) Gesetzesvorschlag mit Begründung .....	610
b) Kritische Würdigung des Gesetzesvorschlags .....	613
4. Zwischenbericht der Enquete-Kommission Ethik und Recht der modernen Medizin des Bundestages zu „Patientenverfügungen“ vom 30.08.2004 .....	615
a) Empfehlung mit Erläuterung .....	615
b) Gesetzesvorschlag zur Umsetzung der Empfehlung .....	617
c) Kritische Würdigung der Empfehlung und des Gesetzesvorschlags .....	617
5. „Entwurf eines 3. Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts“ des Bundesjustizministeriums vom 01.11.2004 (Eckpunkte zur Stärkung der Patientenautonomie vom 05.11.2004).....	618
a) Gesetzesvorschlag mit Begründung .....	619
b) Kritische Würdigung des Gesetzesvorschlags .....	622
c) Verfahrensrechtliche Regelungen .....	624
aa) Gesetzesvorschläge mit Begründung .....	624
bb) Kritische Würdigung der Gesetzesvorschläge .....	625

6. Stellungnahmen des Nationalen Ethikrates zu „Patientenverfügung – Ein Instrument der Selbstbestimmung“ vom 02.06.2005 und zu „Selbstbestimmung und Fürsorge am Lebensende“ vom 13.07.2006 .....	626
a) Wiedergabe der Empfehlungen in der Stellungnahme vom 02.06.2005 .....	626
b) Kritische Würdigung der Empfehlungen in der Stellungnahme vom 02.06.2005 .....	626
7. Beschlüsse der Abteilung Strafrecht zu „Patientenautonomie und Strafrecht bei der Sterbebegleitung“ auf dem 66. Deutschen Juristentag vom 19. bis 22.09.2006 .....	627
a) Darstellung der Beschlüsse .....	627
b) Kritische Würdigung der Beschlüsse .....	628
8. Ausblick .....	629
III. Diskussion der Reformbestrebungen hinsichtlich des Strafrechts: Gesetzliche Normierung der Straflosigkeit passiver Sterbehilfe .....	630
1. Einfügung des Alternativentwurfs eines Gesetzes über Sterbehilfe in modifizierter Form in das StGB .....	631
a) Darstellung der Vorschläge mit Begründung .....	631
aa) Bericht der Bioethik-Kommission des Landes Rheinland-Pfalz zu „Sterbehilfe und Sterbebegleitung“ vom 23.04.2004 .....	631
bb) Alternativ-Entwurf Sterbebegleitung des Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer .....	634
b) Kritische Würdigung der Vorschläge .....	639
2. Ergänzung von § 216 StGB um einen Absatz 3 .....	641
a) Darstellung der Vorschläge mit Begründung .....	641
b) Kritische Würdigung der Vorschläge .....	643
c) Fehlen einer Regelung im „Entwurf eines 3. Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts“ des Bundesjustizministeriums vom 01.11.2004 (Eckpunkte zur Stärkung der Patientenautonomie vom 05.11.2004).....	646
3. Weitere Vorschläge .....	647
4. Ausblick .....	648
Zusammenfassung .....	651
Literaturverzeichnis .....	689